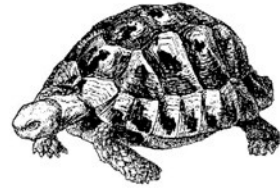


express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Form und Inhalt der Politik

Ein fiktives Gespräch (aus dem Jahr 1980) – Von Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack

In: *express* 10/2019

Am 12. Oktober ist Wolf-Dieter Narr dem ebenfalls kürzlich verstorbenen Klaus Vack gefolgt. Im An- und Gedenken an die beiden dokumentieren wir im Folgenden ein wunderbares Experiment im politischen Diskurs – und ein Beispiel dafür, wie das Zusammenspiel von Gegensätzen aussehen kann, nicht nur im Kleinklein der Organisationsdebatte anlässlich der damals heiß diskutierten Grünen-Gründung, sondern auch im Großen und Ganzen der Gattungs- und Umweltdebatte. Vorhang auf für Genosse A und Genosse B, deren Streitgespräch die beiden mit offensichtlichem Vergnügen inszeniert haben.

Genosse A.: Wenn ich heute für die Grünen in der Bundesrepublik eintrete und meine, es käme darauf an, daß sie auch erfolgreich an den kommenden Bundestagswahlen teilnehmen, dann tue ich dies nicht, weil ich die Grünen in jeder Hinsicht »dufte« finde. (...) Es sind etliche Gruppen und Personen beteiligt, mit denen ich ansonsten eigentlich nichts gemein habe. (...) Aber all diese Vorbehalte scheinen mir zweitrangig, wenn ich den zentralen Konflikt heute betrachte: den Konflikt zwischen den Kapital- und Wachstumsinteressen einerseits, (...) und den tatsächlichen humanen Interessen andererseits, die die Ausbeutung von Natur und Mensch, die in eine Katastrophe treibt, endlich stoppen wollen. Vereinfacht ausgedrückt könnte man sagen, »grün oder tot« lautet die Alternative. In der Tat ist die Gattungsfrage gestellt. Da muß man sich auch mit Leuten zusammentun, sofern sie in der Beantwortung dieser Frage gleich denken, die einem sonst nicht ins Konzept passen. Alle anderen Unterschiede verblassen angesichts dieses vorrangigen Problems.

Genosse B.: (...) Die unterschiedliche politische Zusammensetzung ist doch kein Pappentitel. Die Widersprüche in zentralen Fragen gehen oft so tief, daß man sie entweder unter den Teppich kehrt oder man bügelt (...) eine erhebliche Minderheit unter. Und: eine andere Umweltpolitik wird doch nicht in den Wolken gemacht, sondern auf einer sehr konkreten Ebene mit diesen oder jenen Maßnahmen und Instrumenten, vor dem Hintergrund dieser oder jener Konzeption. Nun bin ich wahrlich nicht einer, der auf vereinheitlichte Programme fixiert ist. Was ich aber höchst bedenklich finde, das ist die Taktiererei, die Abgrenzungspolitik so oder so, die machtpolitische Abstimmungsmaschinerie, alles Mechanismen, die wir (wenn auch weniger chaotisch) von den etablierten Parteien kennen. Selbst wenn der Inhalt der grünen Politik zum Teil o.k. ist, so ist es doch die parteiförmige Organisation, die die politischen Inhalte wie eine Dampfwalze überrollt.

Und nun zur sogenannten Gattungsfrage. Zuerst ist es bekanntlich ein altes politisches, zum Teil auch immer wieder berechtigtes Spiel, so zu tun, als ob es just in der anstehenden Frage und zum gegenwärtigen Zeitpunkt um eine Frage von Leben und Tod gehe. (...) Dieses

Spiel aber ist gefährlich, so überzeugt man auch von der Richtigkeit der eigenen Position sein mag. Denn mittel- und langfristig handelt es sich gewiß bei »Atomrüstung oder nicht« um Lebensfragen und Tod. Kaum aber sofort. Die Glaubwürdigkeit einer Bewegung und ihre längerfristige Fähigkeit zu überzeugen, hängt aber daran, daß sie keine schlechte Propaganda betreibt. Auch beim Umweltproblem handelt es sich – da stimmen wir völlig überein – letztlich um eine Frage, wer wie über- und weiterlebt. Des-wegen verdient sie auch all unser Engagement. Gefährlich aber ist es, so zu tun, als würde diese Frage mit dem Aufbau einer grünen Partei und mit den Bundestagswahlen 1980 entschieden.

Entscheidend aber ist schließlich, daß noch gar nichts darüber ausgesagt ist, wie man am ehesten Erfolg hat, die Entscheidungen über die ökologischen Verhältnisse zu beeinflussen, wenn man sie als Lebens- und Todfrage hier und heute behauptet. Gerade wenn dem so ist, muß es nicht unbedingt der richtige Weg sein, eine grüne Partei aus dem Boden zu stampfen und mal abzuklopfen, wie stark die Wähler-resonanz ausfällt. Es gilt vielmehr, die Konsequenzen zu bedenken, die das grüne Wahlengagement für die politischen Machtkonstellationen und damit für längerfristige ökologische Politik nach den Bundestagswahlen hat, als auch den überzeugendsten Weg zu wählen, der mittelfristig die größten Änderungen verspricht. Und das ist für mich nach wie vor der außerparlamentarische Ansatz, der unsere ganze Kraft erfordert, damit mit Bürgerinitiativen, berufsbezogenen Arbeitsfeldern, kommunaler Politik etc. immer mehr Bürger für eine kontinuierliche politische Arbeit engagiert werden sollen.

Genosse A.: Mir scheint, (...) daß Du noch immer nicht begriffen hast, worum es heute geht. In diesen Jahren, also im Verlauf der nächsten Legislaturperiode des Bundestages, stehen Entscheidungen darüber an, ob neue Energie primär mit Atomkraftwerken gewonnen wird, oder ob man sowohl Energie drastisch einspart als auch nach anderen, weniger gefährlichen Quellen Ausschau hält. Deswegen muß man jetzt politische Verhältnisse schaffen, damit morgen die Entscheidungen in unserem Sinne laufen. Das ist das eine. Das andere ist, daß nie zuvor in der Bundesrepublik ein so hohes ökologisches Bewußtsein herrschte und außerdem viele Gruppen, zugegebenermaßen aus unterschiedlichen Beweggründen, mit den herrschenden Parteien unzufrieden waren. Wenn man diesen Bewußtseinsstand und diese Unzufriedenheit jetzt nicht ausnützt und durch Wahlerfolge und entsprechende organisatorische Mechanismen stabilisiert, dann versäumt man vielleicht eine einmalige, d.h. nicht wiederkehrende historische Chance. Ich meine, daß wir eine solche Gelegenheit nicht schlafmützig verbummeln dürfen, nur weil wir Tausende von kleinen, kleinlichen Bedenklichkeiten nicht abschüteln können. (...)

Genosse B.: Man kann sich auch selbst unter Dampf setzen und behaupten, die anderen kochten. Aber Spaß beiseite. Ich meine, daß diese Hektik, die nun auch aus Deinen Worten spricht, ungeheuer gefährlich ist. (...) Uns als Sozialisten kann es doch nicht einfach um einen vielleicht möglichen Wahlerfolg gehen, uns muß es doch darum gehen, wer an einem solchen Wahrerfolg beteiligt ist und was man mit demselben überhaupt machen kann. (...) Die Grünen ziehen heute schon Kräfte von den Bürgerinitiativen ab. Die Grünen setzen abgehoben bei Landtags- und Bundestagswahlen an und sind gerade nicht Repräsentanten, organisatorische Spitze einer realen Bewegung, sondern sie suchen widersprüchliche Strömungen für ihren Zweck, der zunächst nur der Wahlerfolg ist, auszunutzen. Die Grünen können als eine so abgehobene Partei – da ist die SPD sogar basisverankerter, auch wenn sie ihre Basis nach dem Prinzip des sogenannten demokratischen Zentralismus von oben nach unten regiert – z.B. in Bremen, Stuttgart oder gegebenenfalls gar in Bonn kaum etwas bewirken. Wie kann man sich anmaßen, sich zum parlamentarischen Sprecher einer immerhin nicht mehr überschaubaren sozialen Bewegung zu machen, obwohl diese Bewegung ganz anders vorgeht, unten ansetzt, den Kampf außerparlamentarisch und vor Ort führt und sich zudem aus Menschen aus den verschiedensten Organisationen, Parteien, Gruppen sowie Nichtorganisierten zusammensetzt. Eingebettet in parteilich-parlamentarische Zwänge werden die Grünen m.E. in der Tat recht

bald zum Hemmschuh der realen Basisbewegung; sie müssen außerdem, wenn sie in den Parlamenten sitzen, eine ziemlich abgehobene und auch ziemlich einflußlose Randpartei werden (...).

Genosse A.: Wieder scheinst Du (...) immer aus Möglichkeiten schon negative Tatsächlichkeiten zu machen. Wer würde nicht zugeben, daß die jetzige Organisationsform relativ vorläufig ist. Auch ist es richtig, daß die verschiedenen Bewegungen, von denen eine grüne Partei gegenwärtig profitieren kann, noch nicht die einheitliche, von unten nach oben strukturierte Bewegung darstellen, die wir alle wollen. Du argumentierst aber doch wie einer, der Angst hat, sich auf einen Prozeß einzulassen. Die Sachlage ist doch folgende und als solche dynamisch, d.h. als eine Entwicklung zu sehen. Die Grünen suchen gleichsam den Rahm der gegenwärtigen Unzufriedenheit und des neuen, wenn auch z.T. sehr unterschiedlich begründeten Umweltbewußtseins abzuschöpfen. Schon indem sie dies in einer Wahlkampagne zu tun versuchen, politisieren sie einen Teil der Unzufriedenen. Wenn die Wahl vorbei ist, nützen die Grünen ihren Erfolg, ihre dann vorhandenen Informationen und ihren Apparat, um die Basis entgegen dem Verfahren der herrschenden Parteien zu informieren und nach und nach die Basis so zu konsolidieren, daß dann tatsächlich von einer basisbezogenen Partei gesprochen werden kann. Wenn man aber die gegenwärtige Chance nicht nützt (...), dann werden sich auch die verschiedenen Bewegungen an der Basis nach und nach totlaufen. Denn ohne parlamentarische Vertretung, ohne Einfluß auf die Gesetze und ohne Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle bürokratisch-gerichtlicher Verfahrensweisen muß sich die ökologische Bewegung notwendig über kurz oder lang ihre Hörner abstoßen (...).

Genosse B.: Deinen Vorwurf kann ich zurückgeben. Obwohl Du scheinbar sehr konkret argumentierst: Bundestagswahl jetzt, grüne Partei usw., bleibst Du ungeheuer abstrakt und wischst immer erneut meine Einwände wie lästige Fliegen beiseite. Du merkst nämlich in Deinem Erfolgselan gar nicht, daß Du so tust, als agierten die Grünen in einem schwerelosen Raum, den sie nach und nach für ihre Zwecke häuslich einrichten könnten. (...)

Du siehst m.E. nur die grüne Partei (...) in der Entwicklung, wie Du sie gerne haben möchtest. Aber Du siehst nicht die durchaus auch dynamische Einwirkung der herrschenden Verhältnisse und der Prozeßformen gegenwärtiger Politik auf die Grünen und ihren politischen Spielraum (...). Selbst wenn man die Parlamentarismus- und Parteienkritik, wie sie etwa Ende der 60er Jahre, vor und während des Höhepunkts der Außerparlamentarischen Opposition und der Studentenbewegung, geäußert worden ist, nicht ohne Abstriche hinnimmt, selbst dann kann man nicht so tun, als wäre man nicht von dieser, der Bonner Welt (...). Die Parlamente, in denen bekanntlich die zentralen Entscheidungen allenfalls nachvollzogen werden, sind selbst überaus bürokratisiert. Um in diesem Rahmen überhaupt auftreten und eine Rolle spielen zu können, und sei es nur eine Gastrolle, muß man sich in diesem bürokratisierten, von der Exekutive dirigierten Fuchs-bau zurechtfinden. (...) Zu hoffen, die Grünen könnten als abstrakte Speerspitze einer nicht rückgekoppelten Bewegung diesem Apparat ihre noch gar nicht vorhandenen Spiel-regeln aufzwingen, ist ein Traum, der sehr schnell im Alptraum enden kann.

(...) Alle außerparlamentarischen Aktivitäten zielen letztlich auch auf das etablierte Parteien- und Institutionengefüge. (...) Sehr genau muß man darauf achten, daß der eigene Einflußversuch nicht umgekehrt wird. Ein Parteiversuch wie der der Grünen, so wie er jetzt läuft, also von oben aufgesetzt, von einer Avantgarde, sei sie nun »wertkonservativ« oder »linksradikal«, vorangetrieben und zudem auf ein paar Dutzend Abgeordnetensitze im Bonner Parlament fixiert, läuft leicht Gefahr, von den staatlichen Institutionen instrumentalisiert zu werden und selbst um des parlamentarischen Überlebenswillen die Basisbewegung zu instrumentalisieren.

Genosse A.: Du fährst ja schweres Geschütz auf, wobei mir da einiges spekulativ zu sein scheint, weil Du zu sehr von (...) den aktuellen Gründungsschwierigkeiten der Grünen ausgehst, aber die längerfristigen politischen Möglichkeiten (...) übersiehst. Aber ich will nun

mal Dein eigenes Konzept, das Du freilich noch gar nicht entfaltet hast, in Frage stellen. Wir leben bekanntlich nicht in der besten aller Welten, so daß man nicht so tun kann, als könne man über eine »absolut« richtige oder eine »absolut« falsche Strategie reden. Vielmehr kann man nur zwischen einer wahrscheinlich besseren und wahrscheinlich schlechteren Strategie wählen. Und da bleibe ich bei meiner Behauptung, daß Du viel blauäugiger argumentierst, als wir dies tun. (...) Bei dem, was Du als andere Möglichkeit im Hintergrund zu haben scheinst, bleibt doch nahezu nichts übrig. Man buddelt ein wenig hier oder dort wie ein Kind im Sandkasten herum, schreit den einen oder anderen Erwachsenen, der vorübergeht, an, aber man begibt sich in diesem Fall jeder Einwirkungschance auf den Straßenverkehr, weil man dauernd den großen Tod auf die Vorstellungswand malt. Was hast Du, was habt Ihr denn zu bieten? Stadtteilarbeit, schön, nichts dagegen, machen wir auch. Nach Interessen organisieren. Schön als Idee, hat vielleicht auch eine Weile ein klein wenig funktioniert, während der Schönwetterzeiten der Reformeuphorie. Aber was bringt das denn heute. Wo funktioniert ein Arbeitsfeld richtig, wo wurde wirklich Stück um Stück eine politische Bewußtseinsarbeit geleistet und eine mögliche Bewegung aufgebaut? Selbst wenn ich die dickste Brille aufsetze, vermag ich nichts, aber auch gar nichts zu sehen, außer einigen idealistischen Vorstellungen und kleinkrämerischer Stückwerkarbeit, die (...) völlig irrelevant bleiben. (...)

Genosse B.: (...) Laß mich ein paar Worte zu dem Politikansatz sagen, aus dem das SB entstanden ist und mit dem es meines Erachtens, auch als die Wellen der Repression schon hochschlugen, noch relativ gut gearbeitet hat, einen Politikansatz zudem, den wir in den Bürgerinitiativen, in der Frauenbewegung, also auch »außerhalb« des SB, wiederfinden und den ich auch heute noch prinzipiell als richtig ansehe.

Zunächst scheinen Du und ich andere Erwartungen von dem zu haben, was gegenwärtig für Sozialisten in dieser Republik und in dieser internationalen Situation zu erreichen ist. Ich habe gewiß genau so große Ansprüche wie Du, ich will mindestens genausoviel ändern, und ich weiß auch, daß jeder Tag eine Entscheidung bringen kann, die für uns als Linke und nicht nur als Linke tödlich zu sein vermag (...). Es macht keinen Sinn und wirkt allenfalls komisch, wenn wir die Pose eines weltpolitischen oder auch nur bundesrepublikanischen Subjekts annehmen, obwohl uns doch alle Muskeln und Knochen dafür fehlen. Für eine angemessene Bestimmung dessen, was wir vermögen, wäre es sehr wichtig, daß wir endlich erkennen, daß und warum wir schwach sind (trotz fünf oder sechs Prozent Proteststimmen).

(...) Ich meine, daß wir in einer Pose der Scheinstärke Gefahr laufen, letztlich auch das Maß an Politisierung und Einwirkungschancen zu verspielen, das wir schon haben und das, wenn wir stetig und zielbewußt politisch arbeiten, zunehmend erreichbar wäre. (...) Du scheinst zu übersehen, daß sozialistische Politik gerade inmitten einer sich verdichtenden kapitalistischen Gesellschaft, die die Menschen auch innerlich auszehrt, nur wirken kann und nur eine sozialistische zu sein vermag, wenn Ziel und Mittel strikt übereinstimmen. Wir müssen mit den Massen Politik machen und nicht für sie. Das heißt nicht, daß wir »mit den Massen irren« müssen, eingebunden wie sie nun einmal sind in diese Gesellschaft. Wohl aber heißt es, daß wir nur durch die Art unseres Konzepts nach und nach, hier und dort etwas mehr Politisierungsprozesse in Gang zu setzen vermögen, um langsam von unten nach etwas weiter oben aufsteigend politische Prozesse und Entscheidungen zu beeinflussen. Wenn wir uns vorstellen, daß eine sozialistische -Gesellschaft, die die Probleme der Menschen human zu lösen ermöglicht, nur eine dezentral organisierte, auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung basierende sein kann, dann darf sich unsere Organisation (...) nicht der herrschenden institutionellen Krücken bedienen, die, ohne daß wir es wollen, zu unserem Rückgrat werden könnten.

In diesem Zusammenhang muß auch ein Wort zu Schönwetterbehauptung bzw. Re-form-euphorie gesagt werden. Wenn die zentrale Politikformel des SB, »nach Interessen organisieren«, das hieß ja nicht ein borniertes Berufskonzept, nur für Schönwetter taugte, dann stünde es noch schlechter, als ich annehme, für alle Arten von verändernden und auch

sozialistischen Aktivitäten. M.E. ist aber das Gegenteil der Fall. Basisarbeit, nah und konkret, das ist selbst in Widerstandszeiten die einzige gewesen, bei der noch etwas lief. Das gilt übrigens auch für die autoritäre illiberale Nachkriegsperiode. Die aktive Selbstvertretung von politischen Interessen, wie sie beispielsweise schon in den Anfängen der Kriegsdienstverweigererbewegung, später beim Ostermarsch, betrieben wurde, und die auch einiges in Bewegung setzte, hatte dieses Politikverständnis zur Basis. Gemessen an der großen Protest- und Aufbruchsbewegung Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, ist es, heute betrachtet, gewiß wieder schwerer geworden.

Aber deswegen ist das Konzept doch nicht falsch geworden, so wie der Sozialismus als humanes Versprechen, das einzige, das es gibt, nicht falsch geworden ist, weil der Kapitalismus so kräftig und so lange überlebt hat und weil der Stalinismus und Poststalinismus den Sozialismus zu einer »realen« Ideologie verhunzt haben.

Genosse A.: Ich weiß ja, lieber Genosse B., daß alles, was hier geschrieben ist, durch Deinen Kopf gegangen ist und daß meine Argumente ziemlich unterrepräsentiert bleiben. Da ich annehme, daß Du kein politisch Resignierter bist, also an dem von Dir propagierten Konzept politisch weiterarbeitest, will ich nun nicht unterstellen, daß Deine Kritik an den Grünen und Dein Festhalten an einem zumindest nach meiner Meinung von den Realitäten in Frage gestellten Konzept einfach unter Rationalisierung einzuordnen ist. Aber zweierlei fällt mir auf. Zum einen redest Du, wenn es um den »Arbeitsfeldansatz« und das »nach Interessen organisieren« geht, ziemlich um den heißen Brei herum, bringst also nichts Konkretes, und zum anderem bleibst Du schlicht die Antwort schuldig auf die Frage und Tatsache, daß die grünen, bunten und alternativen Partei- und Wahlversuche doch aus der sozialen Bewegung heraus und durch die Erfahrung entstanden sind, daß außerparlamentarische Aktion nicht ausreicht und daß es einer Doppelstrategie bedarf (...).

(...) Die Basisbewegung war immerhin in einer Sackgasse, und in Bremen und Baden-Württemberg haben die Grünen nun auf Anhieb über fünf Prozent geschafft. Hunderttausend Menschen haben ihnen ihre Stimme gegeben. (...) Kämen die Grünen in den Bundestag – und manches spricht inzwischen dafür, daß sie das schaffen –, dann wäre dies ein Riesenerfolg auch für die außerparlamentarische Basisbewegung und vor allem eine strategische Chance, der SPD klarzumachen, (...) daß sie handfeste Zugeständnisse machen muß, wenn sie weiter regieren will.

Genosse B.: (...) Es gibt auch zahlreiche Beispiele dafür, daß rein außerparlamentarisch agierende Bewegungen, was ja nicht ausschließt, daß man zugleich auf die bestehenden Institutionen einwirkt, wenn man sie über eine längere Zeit durchgehalten hat, auch Erfolg haben. (...) Die weltweite Antikriegsbewegung in Sachen Vietnam ist – zum Glück – nie darauf gekommen, sich zu parlamentarisieren, und sie hatte doch erheblichen Einfluß auf den Meinungsumschwung in der Bevölkerung (...) und sie hat auch entscheidend dazu beigetragen, daß die USA den Vietnamkrieg schließlich aufgeben mußten. Du kannst auch nicht einfach unterstellen, die Anti-AKW-Bewegung sei in einer Sackgasse. Sie hat ungeheuer viel in Bewegung gebracht, zum Teil auch auf dem gerichtlichen Weg, Moratorien durchgesetzt und überall, wo neue Pläne bekannt werden, organisiert sich jeweils sofort Widerstand. (...) Die grünen Wahlstimmen erfassen m.E. nur einen Bruchteil von dem, was die außerparlamentarische Anti-AKW-Bewegung an Bewußtseinsumschwung in Gang gebracht hat. Mein Erfolgskalkül wäre es, diese Opposition nun nicht auf eine neue Parteischiene zu orientieren, sondern daran mitzuarbeiten, daß sie sich in überschaubaren Zusammenhängen, also unten und vor Ort, zunehmend aktiviert und politisiert.

Genosse A.: Also, wie gehabt, »Arbeitsfeldansatz«, kleine Brötchen backen, kein Risiko eingehen und so vor sich hinwerkeln bis zum Sankt-Nimmerleinstag?!

Genosse B.: Zunächst, was die Frage mit dem »Arbeitsfeldansatz« betrifft (...): Der Begriff ist selbst durch die Organisationsdebatte des SB, aber auch zum Teil durch eine enge Praxis der Arbeitsfelder – weil wir überwiegend ein Intellektuellenverein sind – ziemlich zum

Schlagwort verkommen. (...) Ich habe das nie bloß berufsborniert verstanden. Ein Arbeitsfeld ist für mich jede politische Interessengruppe, die konkret Basisarbeit macht. Also eine Betriebs- und Gewerkschaftsgruppe, ein Kinderladenprojekt, eine Bürgerinitiative, ein Antimilitarismuskomitee usw., das alles steckt für mich inhaltlich im »Arbeitsfeldansatz« drin.

Und eine Arbeitsfeldgruppe Gesundheitswesen, das heißt für mich nicht nur Pfleger und Arzt, sondern das heißt auch Kranke, Gewerkschaftsarbeit, Verbesserung des kommunalen Gesundheitswesens, Kampf für ein menschliches Krankenhaus, soziale und medizinische Versorgung durch Kollektivpraxen usw., und vor allem heißt das auch Bezug nehmen auf die gesellschaftliche Realität durch Analyse der Faktoren, die immer mehr Menschen krank machen, heißt Entwickeln alternativer Konzepte für ein humanes Gesundheitswesen.

Ich meine übrigens, daß es nicht allzu viele Mühe macht, eine Art »Erfolgsbilanz« und eine potentiell revolutionäre Perspektive des »Arbeitsfeldansatzes« (...) nachzuweisen, wenn man nur über den eigenen Organisationstellerrand hinausschaut. Wir sollten uns mal darauf besinnen, daß es noch nie in diesem Land so viele linke Lehrer, Ärzte, Sozialarbeiter, Juristen, Hochschullehrer o.ä. gab. Wir haben zur Zeit in fast jeder großen Stadt eine Alternativzeitung (meist mit beachtlichen Auflagen). Es gibt in großer Zahl und Vielfalt alternative Projekte, z.T. institutionell eingebundene (Glocksee-Schule), z.T. genossenschaftlich organisierte (Arbeiterselbsthilfe). Wir haben eine linke Kulturszene, die weit über die Linke hinausstrahlt. Und dann die Bürgerinitiativen, das wohl größte »Arbeitsfeld«. Auch im Betriebsbereich sind die linken und antikapitalistischen Kräfte nicht völlig erfolglos geblieben, obwohl dieser gerade sehr wichtige Bereich besonders wegen der gewerkschaftlichen Staats-loyalität eine schwach entwickelte Stelle im Basiskonzept ist. (...)

Meines Erachtens steckt da eine Menge an Potential und Kraft drin. Aber weil wir dies meist unterschätzen und viel zu schnell Basisaktionen, die nicht baldigen und kontinuierlichen »Erfolg« zeitigen, für »gescheitert« erklären, fasziniert uns nun der rasche Stimmenerfolg der Grünen, obwohl nur unklare Vorstellungen darüber bestehen, was dieser eigentlich politisch besagt. Also, wir sollten uns nicht auf den oft mißverstandenen »Arbeitsfeldansatz« als die alternative Politikform einengen lassen, sondern Arbeitsfelder als wichtigen Teil der sozialen und politischen Basisbewegung verstehen. Diese Bewegung ist höchst unterschiedlich. Viele Gruppen und Initiativen sind isoliert. Meine Perspektive ist nun aber nicht die einer grünen Partei, um mit den Etablierten auf dem Felde, das sie voll beherrschen, in Konkurrenz treten zu wollen, sondern die Zusammenführung und gemeinsames Vorgehen von Basisansätzen dort zu versuchen, wo es überschaubar und demgemäß auch basisnah zugeht und wo wohl auch die politischen Hebel einmal angesetzt werden, wenn wir eine neue sozialistische Gesellschaft als eine von unten organisierte verstehen, also auf kommunaler Ebene. Sobald im Stadtteil, in einer Kommune, einer Stadt genügend »Vorarbeit« geleistet ist, eine linke Infrastruktur und eine lebendige Organisation besteht, dann kann es durchaus sinnvoll sein und z.T. gibt es ja auch schon gelungene Beispiele (Stuttgart, Erlangen), an Kommunalwahlen teilzunehmen. Dann wird man nicht mehr riskieren, daß man von einer bürokratisierten Institution aufgesogen wird, dann kann man vielleicht begründet davon ausgehen, daß man die bestehende Institution jedenfalls teilweise für eigene Ziele, insbesondere für eine weitere Politisierung, umfunktionieren vermag. Aber auch in diesem Felde wird uns der Erfolg gewiß nicht in den Schoß fallen, zumal diejenigen, die die Bürokratie und den Staat beherrschen, die das Gewaltmonopol, den Gewaltapparat und die veröffentlichte Meinung besitzen, unserem Treiben nicht tatenlos zusehen, wie wir tagtäglich spüren müssen. Aber es führt kein Weg am »langen Marsch« vorbei, auch wenn mancher ihn zu früh aufgibt. Denn wenn die Betroffenen nicht bereit sind, die Bedingungen selbst zu ändern, wenn wieder einmal darauf gesetzt wird, Stellvertreter handeln zu lassen, anstatt selbst zu handeln, dann werden sich die parlamentarischen Hoffnungen schnell als ein Strohfeuer erweisen, das dort, wo in der Tat der Kampf für die bessere Gesellschaft geführt werden muß, also an der Basis, demobilisiert und letztlich neue resignative Tendenzen produziert.

Genosse A.: Wenn Du den »Arbeitsfeldansatz« als basisorientierte Interessenpolitik so weit interpretierst, wie Du es eben getan hast, so kann ich Dir in vielen Punkten zustimmen, daß die Arbeit nicht vernachlässigt werden sollte. Aber meines Erachtens reicht Basisarbeit allein nicht aus und sie stößt je eher an Grenzen, je weniger wir auf der Ebene der großen Politik präsent sind. Daß uns diese Präsenz zur Zeit noch fehlt, ist auch ein Zeichen unserer Schwäche. Diese Schwäche aber gilt es zu überwinden, und dabei müssen wir auch Wagnisse eingehen und z.B. bereit sein, auf dem Feld der Partei- und Parlamentsarbeit Erfahrungen machen, die uns verschlossen bleiben, wenn wir uns da wie in den letzten Jahrzehnten raushalten oder mit dem immer beschworenen Hinweis auf die undemokratische Fünfprozentklausel raushalten lassen. (...)

Genosse B.: Es wäre schön, ich könnte wenigstens hier Deinen Wünschen und Hoffnungen folgen. Aber es geht meines Erachtens nicht um den vorhandenen oder mangelnden Mut zum Experiment. (...)

Auch in der Frage von Lernprozessen machst Du es Dir etwas einfach. Es ist ja nicht so, daß ich nur Lernprozesse vor mir habe, sondern ich habe auch bereits Lernprozesse hinter mich gebracht, die es auch erleichtern, die Möglichkeiten und Gefahren der Grünen vorausschauend zu beurteilen. Also, mir kommt es darauf an, um mit einem Buchtitel von Alexander Kluge zu sprechen, »Lernprozesse mit tödlichem Ausgang« zu verhindern. Gerade weil es so wichtig ist, daß Linke als einzelne und Gruppen auch hin und wieder Erfolgserlebnisse haben können, gerade weil es so entscheidend ist, daß wir nicht bei der linken Nabelschau stehenbleiben, müssen wir darauf achten, daß sich die »Erfolge« nicht allzu schnell als Mißerfolge herausstellen, und vor allem müssen wir aufpassen, daß die Erfolge auch solche Erfolge sind, die zu unseren Zielen passen. Wenn wir unseren Erfolgsmaßstab von den Herrschenden übernehmen, dann sind wir nicht aus einem linken Grenzbezirk in die Gesellschaft »eingebrochen«, vielmehr sind wir ein gefährliches Stück weit in der bestehenden Gesellschaft aufgegangen. Wir hätten dann wie der alte Krösus ein Land »erobert« und gar nicht bemerkt, daß es unser eigenes gewesen ist, das erobert wurde, das wir also verloren haben.

Nachbemerkung: Genosse A und B sind sich in diesem »Disput« nicht näher gekommen, obwohl sie doch in der Analyse gesellschaftlicher Gefahren und auch in den langfristigen sozialistischen Zielen weitgehend übereinstimmen. D.h. aber auch, daß wir weiter miteinander reden müssen, denn nicht alles, was wir pro und contra vorgebracht haben, ist so gesichert, daß es nicht durch neue Erfahrungen revisionsbedürftig werden könnte.

*Aus: links. Sozialistische Zeitung,
Nr. 122, Mai 1980. S. 45-49.*

express im Netz unter: www.express-afp.info